

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,20 M., monatlich 30 Pf. ...

Anzeigenpreis: Die schwebepalten Nonparellzeile kostet 2.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Montag, den 16. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Frankreichs neue Regierung.

Ohne Tardieu.

Paris, 15. Januar. (Havas.) Das neue Ministerium ist endgültig gebildet. Es setzt sich zusammen aus: Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen Raymond Poincaré, Vizepräsident, Justizminister und Minister für Elsaß-Lothringen Barthou, Inneres Maunoury, Finanzen de Cassagnac, Krieg und Pensionen Maginot, Unterricht Léon Bérard, Kolonien Sarraut, Arbeit Albert Peyronnet, Verkehr Le Troquer, Marine Raiberti, Landwirtschaft Chéron, befreite Gebiete Reibel, Handel Dior, Gesundheitswesen Paul Strauch.

Die Zusammenkunft des Kabinetts bei Poincaré findet heute vormittag 9 Uhr statt.

Danach hat also Tardieu die Annahme des Wiederaufbauministeriums abgelehnt. Das ist das Auffallende an dieser endgültigen Ministerliste. Offenbar hat ihm Poincaré nach seiner Unterredung mit Lloyd George nicht die Zusicherung geben können, daß Frankreich auf der buchstabemäßigen Durchführung des Versailler Diktates unter allen Umständen bestehen würde, wie es die Freunde Clemenceaus fordern.

Paris, 15. Januar. (W.T.B.) Die Unterstaatssekretäre werden wie folgt verteilt: Colrat Präsidium des Staatsrats, Rio Handelsliste, Paul Passant Post und Telegraphen, Laurent Cynac Luftschiffahrt, Gaston Vidal technisches Unterrichtswesen.

Oppositionelle Rede Painlevés.

Paris, 15. Januar. (W.T.B.) Bei einem Festmahl, das die neugegründete Liga der Republik, eine linksstehende bürgerliche Organisation, gestern abend veranstaltete, hielt deren Führer Painlevé eine politische Rede, in der er sagte, alle Welt sei einig, daß Frankreich die Lasten der Reparationen nicht tragen könne und dürfe. Aber wie könne man praktisch Reparationen erlangen? Wenn eine Regierung vor Realisierungsschwierigkeiten stehe, sei es nur zu bequem, rednerische Unversöhnlichkeit zu entfalten, ohne klar die Politik zu bestimmen, die man verlange, oder ohne den Mut zu haben, die Verantwortung für ihre Ausführung zu übernehmen.

Polnische Besorgnisse.

Warschau, 16. Januar. (W.T.B.) „Kurzer Boran“ hebt den Einfluß des reaktionären Rußlands in den Kreisen Poincarés hervor. Briand sei ein gemäßigter Politiker, der über polnische Angelegenheiten gut informiert war. Er habe sich nicht mit dem polnischen gedankenlosen Nationalismus verbunden. Poincaré stehe aber unter einseitigen Einflüssen. Polen sei am meisten betroffen durch das Scheitern des englisch-französischen Abkommens, dieser Garantie seiner Existenz. „Kurzer Boran“ schreibt: Wir wünschen Frankreich im Interesse der ganzen Kriegswelt, daß es niemals bedauern muß, was geschehen ist.

Poincaré und Lloyd George.

London, 16. Januar. (W.T.B.) „Daily Mail“ meldet: Im Laufe der Besprechung, die am Sonnabend zwischen Lloyd George und Poincaré stattfand, sei hauptsächlich von dem englisch-französischen Pakt die Rede gewesen. Die von Poincaré gewünschten Änderungen seien folgende: 1. Erneuerung des Paktes nach Ablauf von 10 Jahren; 2. die alliierten Generalsätze haben zur Aufstellung von Mobilisierungsplänen zusammenzuarbeiten; 3. der Pakt muß in dem Sinne ausgedehnt werden, daß eine gemeinsame Intervention erfolgt, wenn Deutschland einen Angriff gegen Polen unternehmen sollte. Poincaré habe angeboten, daß als Gegenleistung Frankreich sich verpflichten wolle, England im Falle eines deutschen Angriffs beizustehen.

Paris, 14. Januar. (W.T.B.) Briand hatte nachmittags in der britischen Botschaft mit Lloyd George eine längere Unterredung. Er hat abends Paris verlassen.

Lloyd Georges Politik.

London, 16. Januar. (Radio.) Lloyd George strebt eine Befestigung der Entente mit Frankreich an. Die Konferenz von Genua (von der sich Poincaré fernhalten will) wird als der erste Schritt zum Wiederaufbau Europas betrachtet. Lloyd George will abwarten, in welcher Weise das Kabinett Poincaré seines Amtes walten wird. Die englische Regierung ist überzeugt, daß die englisch-französische Allianz in ihrer jetzigen Gestalt durchaus nicht befriedigen könne. Jedoch in dem Falle, daß Frankreich England seine Mitwirkung versagen würde, sehe sich England trotzdem genötigt, seine in Aussicht genommenen Pläne zu verwirklichen.

Poincaré über das englisch-französische Verhältnis.

London, 16. Januar. (W.T.B.) „Daily Mail“ berichtet, daß sein Pariser Vertreter mit Poincaré eine Unterredung hatte, in der Poincaré u. a. sagte: Ich bin immer ein treuer Anhänger eines engen Einvernehmens zwischen Großbritannien und Frankreich gewesen und werde es mehr denn je bleiben. Ich werde in freundschaftlichem Geiste mit dem britischen Kabinett die verschiedenen zwischen uns schwebenden Fragen prüfen und alle Anstrengungen machen, um so schnell wie möglich für beide Länder befriedigende Lösungen herbeizuführen. Um zu diesem Einvernehmen zu gelangen, müssen die Mißverständnisse beseitigt werden, die zwischen beiden Ländern entstehen können. Zu diesem Zwecke müssen wir ganz offen miteinander sprechen und Verständnis für unsere gegenseitigen Interessen haben. Frankreich verlangt vor allem die Wiederherstellung seiner Ruinen und seine nationale Sicherheit. In diesen beiden Fragen rechnet es auf ein enges Zusammenarbeiten mit England. Als Gegenleistung dafür ist es bereit, mit seinen Freunden und Alliierten in jeder geeigneten Weise an der Konsolidierung des Friedens mitzuarbeiten unter der Bedingung, daß die Rechte, die Frankreich auf Grund der Verträge hat, respektiert werden. Auf die Frage des Interdewers, ob nach der Ansicht des Ministerpräsidenten der Abschluß des englisch-französischen Verteidigungspaktes in Aussicht stehe, antwortete Poincaré, es scheine ihm wesentlich zu sein, daß eine allgemeine Liquidation der zwischen beiden Ländern bestehenden Meinungsverschiedenheiten vorher erörtert werde. Ein einseitiger Garantiepakt würde Frankreich das Ansehen einer protegierten Nation geben und daraus könnte ein Recht der „Schuhmacht“ zur Kontrolle der Haltung Frankreichs hergeleitet werden. Ein solches Verhältnis sei aber zwischen gleichberechtigten Kontrahenten nicht gedäulich.

Poincaré geht nicht nach Genua.

Paris, 15. Januar. (W.T.B.) Wie die Morgenblätter melden, wird Poincaré morgen mit Lord Curzon eine Unterredung haben. Zwischen dem Finanzminister Pastenry und Sir Robert Horne soll gestern abend bereits eine Aussprache stattgefunden haben. Diese Verhandlungen würden, so behauptet der „Matin“, in den folgenden Wochen fortgesetzt werden, jedoch auf diplomatischem Wege.

Nach dem gleichen Blatte hat Poincaré mit Lloyd George alle aktuellen Fragen durchgesprochen. Der englisch-französische Schutzvertrag werde dem Blatte zufolge vervollkommenet und so umgestaltet werden, daß Frankreich nicht die Rolle des Bittenden zugewiesen würde, und daß es größere Bürgschaften erlange. Was die Konferenz von Genua anlangt, so sei die Unterschrift Frankreichs gegeben worden, aber Poincaré selbst werde sich nicht nach Genua begeben, sondern jedenfalls Vionani.

Rathenau bei Wirth und Ebert.

Berlin, 16. Januar. (W.T.B.) Dr. Rathenau hatte gestern unmittelbar nach seinem Eintreffen zunächst mit dem Reichskanzler eine Unterredung und erstattete alsdann im Beisein des Reichskanzlers in längerer Besprechung dem Reichspräsidenten Bericht.

Sitzung der Reichstagsfraktion.

Die nächste Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, im Reichstag statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung verlangt die Anwesenheit unserer sämtlichen Reichstagsabgeordneten.

Feste Tendenz am Devisenmarkt.

An der heutigen Berliner Börse zeigte sich eine lebhafteste Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln. Dollarnoten wurden um die Mittagsstunde mit 184 bis 185 gehandelt. Die feste Tendenz erklärt sich daraus, daß man in Anbetracht der allgemeinen Preissteigerungen, Tarifserhöhungen usw. mit einer beträchtlichen Steigerung des Umlaufes an papiernen Zahlungsmitteln rechnet. Die Spekulation ist der Meinung, daß die kommenden Wochen eine fortgesetzte Steigerung der Devisenkurse bringen werden, zumal auch Poincaré noch gewisse Verschärfungen der Zahlungs- und Moratoriumsbedingungen durchzuführen versucht. Der Effektenmarkt zeigte heute nur stilles Geschäft.

Änderung des Lana-Vertrags?

Wien, 16. Januar. (W.T.B.) Wie die Blätter melden, verlaute in parlamentarischen Kreisen, daß die tschechoslowakische Regierung eine ergänzende Auslegung zum Artikel 4 des Abkommens von Lana vorgeschlagen habe, die die für diesen Artikel aus nationalen Gründen teilweise bestehenden Bedenken beseitigen werde. Der Abgeordnetenverband der Großdeutschen Volkspartei sprach sich gegen die Annahme des Abkommens von Lana aus. Die Deutsche Bauernpartei hat bereits die Ablehnung beschloffen. Einer weiteren Blättermeldung zufolge dürfte der großdeutsche Minister des Innern, Baber, gemäß der Haltung seiner Partei zurücktreten.

Löbe über die Unabhängigen.

Breslau, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der „Breslauer Volkswacht“ äußerte sich der Reichstagspräsident Genosse P. Löbe in einem Nachwort zum Unabhängigen Parteitag über die vorstehenden parlamentarischen Aufgaben der beiden sozialdemokratischen Parteien. Löbe findet die Grundzüge, die in Leipzig aufgestellt wurden, zum Teil nicht sehr günstig. Zum Glück seien aber die Laten der Unabhängigen Partei im Reichstag zum großen Teil einsichtiger. Der Ablehnung jeder Koalitionspolitik in der Rede Dittmanns stände die Unterstützung der jetzigen Regierungskoalition und die Koalitionspolitik der österreichischen Parteifreunde der Unabhängigen gegenüber. Die Ablehnung neuer indirekter und Verbrauchssteuern enthalte doch schon die Einsicht, daß die bestehenden Verbrauchssteuern nicht aufgehoben oder vermindert werden können. Gegen entsprechende Kommissionsanträge haben die Unabhängigen im Reichstago auch bereits gestimmt. Crispiens Ablehnung des Vaterlandes Deutschland stände im Widerspruch zur Haltung der Unabhängigen in den Fragen Oberschlesien, Saargebiet und Rheinland. Löbe glaubt daher auch weiterhin auf gemeinsame Arbeit mit den Unabhängigen hoffen zu können. Die wichtigste gemeinsame Aufgabe der nächsten Zukunft liege im Kampf um die Finanzfrage. Die gemeinsame Arbeit der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und Unabhängigen werde hier fortgeführt werden können. Der Standpunkt des Finanzministers Hermes, daß zunächst einmal die vorhandenen Steuervorlagen angenommen werden müssen, sei zu betämpfen. Solche Budgets leben von der Hand in den Mund und können nicht fortgeführt werden, während die Reparationskommission unsere Vorschläge und Pläne für die Erfüllung unserer Verpflichtungen erwartet. Löbe richtet dann einen Appell an den Reichskanzler, jetzt einen großen Finanzplan mit kräftiger Heranziehung des Besizes und eine Rekonstruktion der Reichsregierung zu versuchen. Er schlägt die Heranziehung Rathenaus als Wiederaufbauminister vor und erörtert die Übertragung des Finanzministeriums an einen Mann mit weit ausgedehnten Plänen. Als solcher würde vielleicht Georg Bernhard in Betracht kommen. Löbe wünscht einen energiegelichen sozialistischen Außenminister.

Geheimbundprozess in München.

Freiburg i. Br., 15. Januar 1922. (W.T.B.) Durch die Presse gehen Mitteilungen, daß am 2. Februar vor dem Landgericht Freiburg die Verhandlung in dem Geheimbundprozess gegen den Leiter und die Mitglieder der sogenannten Geheimbundorganisation C begangen werden, die den Rord an Erzberger angefügt und durchgeführt haben sollen. Wie die „Freiburger Zeitung“ zuverlässig mitteilen kann, ist am Freiburger Landgericht hiervon nichts bekannt. Die Verhandlung dürfte vermutlich in München, dem Sitz der Organisation, stattfinden.

Proletarischer Stolz. In der „Roten Fahne“ regt sich Fritz Hedert darüber auf, daß die Revolution einen Bierverkäufer auf den obersten Platz geworfen und einen Korbmachergehilfen zum Vizepräsidenten gemacht hat. Wie wird sich die „Deutsche Tageszeitung“ über diesen Proletarierstolz freuen.

Parteitag des Zentrums.

Im Plenarstag des Reichstags begannen am Sonntag die Verhandlungen des zweiten Reichsparteitags des Zentrums. Neben zahlreichen Delegierten waren fast alle Reichs- und Landesminister der Zentrumsparlei anwesend, darunter auch Reichskanzler Dr. Wirth. Der Vizepräsident des Preussischen Landtags Dr. Borck eröffnete den Parteitag mit einer Ansprache und wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Das Referat über die politische Lage war ursprünglich dem Abg. Dr. Marx zugedacht, statt seiner sprach jedoch

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Er ging von der außenpolitischen Lage aus, die er als nach wie vor ungünstig bezeichnete. Allerdings stellt sich jetzt heraus, daß es in jedem Kriege außer den sichtbaren auch verborgene Sieger und verborgene Besiegte gäbe, die erst später in die Erscheinung treten. Die politische Bedeutung des europäischen Kontinents hat zugunsten Amerikas erheblich abgenommen. Durch die Entmannung Deutschlands hat England die militärische Vorherrschaft Frankreichs herbeiführen helfen, das infolge seiner heutigen Stellung nicht mehr das bemitleidete Land ist. Deutschland ist leider immer noch Objekt, nicht Subjekt der weltpolitischen Entwicklung. Über die Einsicht wächst, daß es bei der Wiederherstellung Osteuropas nicht zu entbehren ist.

Die Erfüllungspolitik.

Der Redner fuhr fort: Endlich ist der deutsche Erfüllungswille bis zur Grenze des Möglichen, den alle Regierungen der deutschen Republik beklundet haben und den die heutige Regierung nach dem Londoner Diktat bewiesen hat, ein nicht zu unterschätzender Sachwille zu unseren Gunsten. Die Einstellung unserer Außenpolitik auf die Durchführung des Londoner Diktats bis zu den Grenzen des Möglichen war richtig.

Das Zustandekommen der Konferenz in Cannes ist ein Richtmaß, das auch durch das Obliegen der Chauvinisten in Frankreich nicht ganz verdunkelt wird. Daß in Cannes unsere Reparationsverpflichtungen auf ein erträgliches Maß würden zurückgeführt werden, wenn auch nur für eine bestimmte Frist, war zu erwarten. Das bedeutet aber nur eine vorläufige Erleichterung unserer Lage.

Im zweiten Teil seiner Rede behandelte der Reichsarbeitsminister die innere Politik. In dem Komplex der wirtschaftlichen Fragen berührte er auch den Währungsstand und bezeichnete die Polemik der Arbeitgeberpresse gegen diesen als nicht gerade glücklich. Das Zentrum habe keinen Anlaß, vom Grundsatz des Währungsstandes abzugehen. Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen des Redners über die Steuerpolitik und die

Frage der Erfüllung der Sachwerte.

Hierzu führte der Redner aus, daß die Eigentümer von sogenannten Sachwerten, wie Grund und Boden, Gebäuden, gewerblichen und anderen Betrieben, angeht die Warenmangel, der steigenden Preise, der fortgesetzten Geldentwertung und der Unsicherheit des ganzen Wirtschaftslebens im allgemeinen wesentlich günstiger gestellt sind, als die übrigen Bevölkerungskreise, ist unbefriedigt. Dem muß die Steuererhebung Rechnung tragen durch Auswahl, Maß und Gestaltung der Besteuerungen. Die Zentrumsparlei ist, wie früher, so auch heute entschlossen, eine gerechte Verteilung der Steuerlasten vorzunehmen. Sie wird deshalb bereit sein, denjenigen Volksteilen, welche die Erfüllung der Sachwerte immer wieder betonen, soweit als irgend möglich entgegenzukommen. Im allgemeinen gilt der Grundsatz, daß die laufende und fortgesetzt zu zahlende Vermögenssteuer (von Erbschafts-, Vermögenszuwachs- und dergleichen Steuern ist hier nicht die Rede) sich im Rahmen der Ertragskraft des Vermögens bzw. seines inneren Wertes halten muß. Wir leugnen aber keineswegs, daß der Staat unter Umständen auch das Recht und die Pflicht hat, in die Substanz des Vermögens einzugreifen. Aber diese Eingriffe in die Substanz haben ihre Grenzen, falls wir nicht auch die letzten Werte, die uns noch geblieben sind, durch eigene Torheit verlieren wollen. Solche Eingriffe in die Substanz müssen zeitlich beschränkt sein und vor allem müssen sie der Wirtschaft dienen. Eingriffe in die Substanz zu tun, um die dadurch erzielten Werte in ein Jahr ohne Boden zu werfen, wie es etwa

unserer Reparationsverpflichtungen darstellen, kann man dem deutschen Volke nicht zumuten; dafür würde auch die Zentrumsparlei nicht zu haben sein. Ich glaube, daß durch die Ausgestaltung der vorgeschlagenen Besteuerungen, vielleicht noch unter Einbeziehung des Potopfergedankens, sich auch diese Streitfrage aus der Welt schaffen läßt.

Zentrum und Koalitionspolitik.

Am Schluß seiner Rede kam der Reichsarbeitsminister auch auf die Frage der Koalitionspolitik zu sprechen, dabei fiel bereits eine Andeutung über die Mißstimmung, die im Zentrum über die schwankende Außenpolitik der liberalen Parteien herrscht. Der Redner legte nämlich:

Die Zentrumsparlei hat sich stets bemüht, der Regierung eine möglichst breite Basis in der Volksvertretung zu verschaffen. Waren diese Bemühungen nicht immer erfolgreich, so hat die Schuld nicht an uns gelegen. Sollen diese Bemühungen endlich, was dringend zu wünschen wäre, auch im Reiche Erfolg haben, so sind zwei Dinge unbedingt erforderlich: Einmal die Bereitwilligkeit zu einer derartigen Koalition auf breiter Basis in allen politischen Fragen, nicht nur in denen der Innen-, sondern auch in denen der Außenpolitik. Regierungskoalitionen von Fall zu Fall haben wenig oder gar keinen Wert. Weiterhin müssen alle beteiligten Parteien sich darüber klar sein, daß einer Regierungskoalition natürliche Grenzen gesetzt sind. Sie muß so zusammengesetzt sein, daß sie arbeitsfähig ist, was selbstverständlich zur Voraussetzung hat, daß alle Beteiligten sich aufrichtig auf den Boden der bestehenden Verfassung stellen und daß man in der Koalition keine Elemente zusammenführt, die sich nun einmal nicht vertragen.

Angriff Fehrenbachs gegen rechts.

Diese nach sehr vorfichtig gehaltenen Andeutungen fanden in der Diskussion eine außerordentlich temperamentovolle Unterstreichung. Nach der Mittagspause ergriff nämlich der ehemalige Reichskanzler Fehrenbach, dem der Parteitag bereits aus Anlaß des Besdens an seinen siebzehnten Geburtstag lebhaftste Ovationen bereitet hatte, das Wort, um folgendes auszuführen:

Zur Frage der Koalition möchte ich kurz ergänzend Stellung nehmen. Man sollte ja glauben, daß die nun schon so lange andauernde Not unseres Vaterlandes alle wirklichen Vaterlandsfreunde zusammen vereinigen würde, in dem Bestreben, die Not zu mildern und am Wiederaufbau mitzuwirken. Die Kritik an einzelnen Handlungen ist dabei nicht ausgeschlossen. Aber wenn man die Tätigkeit einer gewissen Partei (der Deutschnationalen, Red.) verfolgt, so kann man sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß nicht bloß alles einer ähnelnden Kritik unterzogen wird, sondern auch mit einer häßlichen Freude an allen Zweigen Niederlagen der Regierung, an allen kritischen Punkten angelegt wird. (Sehr richtig.) Es überkommt einem vielfach ein Ekel über die Art und Weise, wie die Presse dieser Partei sich äußert. (Beifall.) Man kann es nicht genug bedauern, wenn im gleichen Tone auch hervorragende Parteiführer bei den verschiedensten Anlässen sich betätigen. Das ist keine Tätigkeit im Interesse des Vaterlandes. (Stürmischer Beifall.) Elemente dieser Art befinden sich aber nicht nur in einer Partei. Die Koalition nach rechts wird von uns nicht unter allen Umständen erstrebt. (Beifall.) Sie darf keine Elemente in die Regierung hineinbringen, denen es nicht darum zu tun ist, gemeinsam mit den übrigen Regierungskollegen am Wiederaufbau des Reiches zu arbeiten, sondern die nur eine

Sabotage bei der Regierungstätigkeit

treiben wollen! (Stürmischer Beifall.) Zu meinem großen Bedauern muß ich bemerken, daß nach meiner Auffassung

in der Deutschen Volkspartei genügend Elemente

sind, die zu diesem letzteren unglücklichen Faktoren zu zählen sind. Eine Verbreitung nach dieser Seite hin ist nur möglich mit Verfassungskritik, die auf dem Boden unserer Verfassung stehen und gewillt sind, mit den übrigen Kreisen in der Regierung zusammenzuarbeiten. (Stürmischer Beifall.) Es ist ja das große Unglück, daß die zwei Mittelparteien, das Zentrum ausgeschlossen, hin und her schwanken und zu den verschiedensten Fragen eine präzisere Stellung zu nehmen nicht instande sind. Bei der letzten Regierungsbildung hat die Demokratische Partei nur den Reichswehrminister in der Regierung gelassen, den übrigen die Mitarbeit aber verweigert. Die Herrschaften hätten

durch die verschiedenen Schwankungen sich genug davon überzeugen können, daß das zur Stärkung der eigenen Partei nicht geführt hat. Wir haben kein Interesse daran, an ihrer Schwächung zu arbeiten, sondern ein Interesse, zu wünschen, daß die bürgerlichen Elemente das genügende Rückgrat zeigen, zu jeder Zeit in den gefährlichsten Stunden an der Ausrichtung des Vaterlandes mitzuarbeiten. (Beifall.) Ebenso hat der Kanzler bei der Regierungsbildung versucht, einen Herrn der Volkspartei in die Regierung zu ziehen. Der betreffende Herr hat sich leider dem Parteidiktat gefügt.

Fehrenbach kam dann noch auf die Akademiker-Frage zu sprechen und führte aus:

Der „Hochschulring deutscher Art“, der sich jetzt aufgeben hat, verbrämt seine Ziele mit allen möglichen völkischen Redensarten. Wenn ich das Wort „völkisch“ höre, dann wird es mir schon ein bißchen dunkel. (Heiterkeit.) Der Zweck ist aber ein rein politischer, er ist gerichtet gegen die Sozialdemokratie und gegen die Juden. Wir, die zusammenarbeiten, zusammenarbeiten müssen mit der Sozialdemokratie, können

den ideo Antisemitismus und das blöde Urkratum

nicht verstehen. Ich verstehe nicht recht, wie gerade im Rheinland und Westfalen diese begeisterte Schwärmerei für die alten Verhältnisse sich so betätigen kann. Ich erinnere mich ganz dunkel, daß man früher davon geredet hat, nicht bloß daß unsere Studenten keine Förderung erfahren haben, sondern davon, daß unsere ganzen Bestrebungen durch ein ganzes Jahrhundert hindurch unterdrückt worden sind.

Die Rede Fehrenbachs wurde mit stürmischem Beifall und Händeklatschen aufgenommen. — Aus den übrigen Diskussionen ist noch hervorzuheben eine Begrüßungsrede des österreichischen Nationalrats Dr. Kupschak, der die Größe der Christlichsozialen Partei Österreichs überbrachte, eine tapfere Rede des Kurators Radel-Beigard gegen den deutschnationalen Terror in Pommern und eine Rede des Reichsministers Dr. Hermes über Ernährungs- und Steuerfragen. Hermes suchte die Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft zu rechtfertigen und sprach dann von der neuesten Erhöhung des Brotpreises. Die staatlichen Zuschüsse, die jährlich 16 bis 18 Milliarden betragen, bedeuteten den Ruin der Finanzwirtschaft. Doch könnten sie nicht auf einmal abgebaut werden, sondern es müsse ein gewisses Tempo innegehalten werden. Auf dem Gebiete der Steuerpolitik verlangte Hermes, daß endlich mit der Schaffung neuer Vorschriften aufgehört und erst einmal eine „Drainage“ des Steuerapparates vorgenommen werde, damit die Kanäle stehen könnten, während sie jetzt durch Überlastung des Steuerapparates verstopft seien.

Einstimmiges Vertrauensvotum für Wirth.

Am Schluß der Debatte über das Referat Brauns wurde eine vom Reichstagsabgeordneten Joos eingebrachte Entschließung angenommen, durch die der Reichsparteitag der Parteileitung und der Fraktion des Reichstages sein vollstes Vertrauen ausdrückt. Weiter heißt es in der Entschließung:

In Anbetracht der schwierigen außenpolitischen Lage erklärt er sich rückhaltlos einverstanden mit der von der Regierung geführten Politik der Klugheit und Mäßigung, die unbeteiligt, aber nicht passiv, der wirtschaftlichen Gesundung der gesamten Welt und der Zusammenarbeit der Völker die Wege ebnet. Er empfiehlt es mit hoher Genugtuung, daß in den schwersten und entscheidendsten Augenblicken des politischen Lebens die Führer der Zentrumsparlei frei von verwerflichen Einflüssen an verantwortungsvollen Posten ausgehalten haben.

Die Entschließung fordert ferner energische Weiterführung der Finanzpolitik — unter Berücksichtigung der Grundsätze einer gerechten Lastenverteilung — und schließlich im letzten Absatz gegenüber den Extremen rechts und links eine weisse Politik der Mitte mit dem Ziel der Versöhnung aller Kreise und der Einigung aller Deutschen. Die Annahme der Resolution erfolgte einstimmig. Darauf wurde der Parteitag auf Montag vormittag verlagert.

Die heute geschlossene Sitzung wurde vom Vizepräsidenten des Landtages Dr. Borck gegen 10 1/2 Uhr eröffnet. Nach Verlesung einiger Begrüßungstelegramme referierte der Generalsekretär Dr. Rayenberger über „Parteiorganisation“.

Der Kriegsberichterstatler.

Von Klodund.

Siegfried Silbermann, der schon den Buren- und den Balkankrieg als Kriegsberichterstatler der „Neuen Freien Trompete“ mitgemacht hatte, wurde telegraphisch in das Hauptquartier von Erzengel Endtkuhnen, Oberbefehlshaber Nordost, berufen — jenes Feldherrn, der erst anlässlich dieses Krieges in so glänzende Erscheinung getreten ist.

Schon ehe er das Auto des Pressestabes bestieg, wurden Siegfried Silbermann mit einem dunklen Tuch wie einem Parlamentarier die Augen verbunden, damit er auf der Fahrt nach der Front ja nichts zu sehen bekomme, was sich im geringsten als militärisches Geheimnis darstellen und von ihm vielleicht als Anlaß zu einer seiner hinlänglich bekannten Blaudereien benutzt werden könnte. Es gehört zur seelischen und beruflichen Eigenschaft des Kriegsberichterstatlers, daß er nichts, aber auch rein gar nichts vom Kriege sieht, hin und wieder nur wird ihm die Binde abgenommen, und er fühlt sich erst dann vor einem toten Pferd oder einem niedergebrannten Haus. Darüber darf er dann als „Augenzeuge“ berichten. Wendet er seinen Blick von dem toten Pferd oder dem niedergebrannten Haus ein wenig empor und in die Weite, so sieht er nichts als ein graues, Odes, endloses Feld, das sich viele Meilen bis an den Horizont erstreckt. Das nennt er dann die „Leere des modernen Schlachtfeldes“.

Siegfried Silbermann schlug die Augen auf und fand sich einem Ägypter, stotterlichen Herrn gegenüber, dessen Brust mit Orden und Ehrenzeichen überhäuft war. Breite rote Feldmarschallsbleien funkelten herrlich an seinen gestrafften Beinen. Er zwirbelte nachdenklich an seinem braunmehlkornigen, altertümlichen Bart.

Silbermann zog seinen Rotzblut und notierte: martialisches.

Erzengel Endtkuhnen, der große Feldherr — denn er war es in eigener Person — legte seine große, knochige Hand schwer auf Siegfried Silbermanns schwankende Schulter.

Silbermann zitterte.

Er feuchtete den Tintenstift feise an der Zunge an und notierte: leutselig.

Silbermann mochte endlich, die nähere Umgebung prüfend zu betrachten.

Um ein riesiges rauchiges Lagerfeuer hockten malerisch gekrümmt eine Anzahl höherer und niedriger Offiziere. Es war der Stab des Feldherrn. Sie rauchten eine Pfeife, die reichum ging: die sogenannte Friedenspfeife. Ueber dem Feuer wurde ein Döbe von mehreren Ordnonnanzen am Spieß gedreht. Man traf Vorbereitungen zum Mittagmahl.

„Wollen Sie mit uns speisen?“ sagte Erzengel Endtkuhnen. Des Feldherrn Stimme rollte in gutturalen Kehllauten.

Silbermann notierte: nicht nur die Lage, nein, auch die Stimme des Löwen.

„Ich habe mit dem feindlichen Heerführer ausgemacht, daß die Schlacht erst nach dem Mittagessen, sobald der Kaffee abserviert ist, beginnt.“

Silbermann notierte: humane Kriegführung.

Es war nur ein Feldstuhl vorhanden.

Silbermann notierte: spartanische Lebensweise...

„Wollen Sie sich nicht legen?“ lächelte Erzengel Endtkuhnen.

„Das Schreiben und Denken im Stehen ermüdet.“

„Bitte, noch Ihnen, Erzengel,“ verbog sich Silbermann devot.

„Ob,“ wehrte die Erzengel ab, „ich stehe schon so lange im Felde, daß ich ruhig noch ein wenig länger stehen kann.“

Silbermann notierte: Beharrlichkeit... Ausdauer... germanische Fähigkeit... Oben in den Wäldern begann es zu pfeifen und zu surren, zu schreien und zu knallen.

Erzengel Endtkuhnen murmelte erheitert:

„Feindliche Aeroplane... sie haben es auf mein Hauptquartier abgesehen... aber beruhigen Sie sich, lieber Silbermann: sie treffen nie etwas. Höchstens, wenn man sich etwa auf neutralem Boden befindet, könnten sie einem gefährlich werden.“

„Arrrrrrrr... knau... rum... eine Fliegerbombe platzte in fünfzig Schritt vor Silbermann.“

Silbermann konnte gerade noch: Kaltblütigkeit notieren, dann fiel er in Ohnmacht.

Erzengel Endtkuhnen winkte, und Silbermann wurde von den Ordnonnanzen, die eben noch den Döben gebraten hatten, ins Auto des Pressestabes geschafft. Auf der Redaktion der „Neuen Freien Trompete“ war es, wo er wieder zur Besinnung kam. Noch die Abendausgabe der „Neuen Freien Trompete“ brachte auf ihrer ersten Seite Silbermanns nachgerade so berühmtes gewordenen Interview des Oberbefehlshabers Nordost, Erzengel Endtkuhnen.

Bier Wochen später erschien bei der Verlagsbuchhandlung Brösel u. Co. „Die eiserne Mauer. Eindrücke und Expressionen, Erlebtes und Ersehntes von der Nordostfront“, von Siegfried Silbermann — ein stattlicher Band in Verlagsformat.

Der Bildungsausschuß Berlin der SPD. gab gestern im großen Saal der Philharmonie vor vollbesetztem Hause sein vierdes Festsongert. Ein von bester Beratung zeugendes, sorgsam zusammengestelltes Programm. Zwei Solisten von reifem Können hatte der Ausschuss gemonnen. Der Pianist Eduard Erdmann spielte J. G. Edwards R-Dur-Sonate, ein Meister aus der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts, den man selten zu hören bekommt, Franz Schuberts romantische C-Dur-Sonate (unvollendet) und zuletzt das ebenfallst selten gespielte, musikalisch höchst interessant Werk des Petersburger Modest Mussorgski „Bilder einer Ausstellung“. Der Lieddichter — typischer Russe — zeigt sich (Mitte der achtziger Jahre) als Vorbote des Expressionismus und Eduard Erdmann sich als ausgezeichnete Interpret des teilweise große Anforderungen stellenden Werkes. Durchdrungen vom Werke und wiedererschöpfend, gab er einzelne Bilder verblüffend plastisch („Spielende Kinder“), mit hinreichendem Humor („Zwei polnische Juden“ und „Strittende Parteinäher“) und leuchtend farbig („Katakomben“). Frau Gertrud Wolf sang musikalisch gedacht und empfunden Schubert, Hugo Wolf, Richard Strauss und Mahler. Ein glänzend disponierter Sopran, in den oberen Lagen manchmal ein bißchen glühend, in den tieferen warm, aber dabei flacker. Dr. Ernst Volk begleitete mit Hingabe ans Werk und dezent. Das Publikum fand des Dankes kaum ein Ende.

Wilde Volksbühnen. Der Name „Volksbühne“ wird in letzter Zeit in den Vororten Berlins vielfach von Theaterunternehmungen in Anspruch genommen, die mit dem Wesen der Berliner Volksbühne e. B. nichts gemein haben. Es sind nicht Besuchsorganisationen gemeinnützigen Charakters, sondern geschäftliche Gründungen von „Regisseuren“ und Darstellern, die durch die Bezeichnung „Volksbühne“ Vertrauen zu erwecken suchen. Dem Verband der deutschen Volksbühnenvereine, der die nach dem Vorbild der alten Berliner Volksbühne wirkenden gemeinnützigen Vereinigungen zusammenschließt, gehören in Berlin und Umgebung nur noch die Volksbühne des Nordens in Pantow, die Spandauer Volksbühne und die Potsdamer Volksbühne e. B. an.

Der Reichskunstwart und das deutsche Handwerk. Der Reichskunstwart Dr. Redlob hat sich im vergangenen Jahre in Verbindung mit dem Deutschen Werkbund stark eingesetzt für die Erhaltung alter Handwerkstechniken. Im hochentwickelten handwerklichen Können ruht ein unerschöpfliches Rationalgut, das in gegenwärtiger Zeit vor allem erhalten und weiter gepflegt werden muß. Diese wichtige Wurzel der deutschen Wirtschaft, die teilweise zu verdorren droht, muß neue fräftige Triebe ansetzen können. Auf Einladung einer großen Anzahl kultureller Verbände händlers wird der Reichskunstwart am 18. Januar, abends 8 Uhr, im alten Rathhausaal in Hannover seine Vorträge auf diesem Gebiete des Handwerks programmatisch fundgeben in einem Vortrag über „Künstlerisches und handwerkliches Können in Deutschland; seine Bedrohung und die Notwendigkeit seiner Erhaltung“.

Die Todesopfer der Berge. Aus R. A. n. n. wird geschrieben: Im Jahre 1921 haben die Alpen, soweit sie zum Vereinsgebiet des deutsch-österreichischen Alpenvereins gehören, 107 Todesopfer gefordert. 35 Personen starben von Felsen ab, 17 ertranken im Gebirge, 6 verunglückten durch Ausgleiten auf Rosenbändern, 5 infolge Stein-schläges. Auf Gletschern gingen 11 Personen zugrunde, an Erhöpfung starben 3, beim Beeren- und Edelweißpflücken ufm. starben 6 ab. 17 Personen gelten als vermißt, mit ihrem Tode muß gerechnet werden, da meist Monate seit ihrem Abgehen verstrichen sind. Im Verhältnis zu der überaus großen Zahl von Touren, die in diesem schönen Sommer in den Alpen unternommen wurden, und die von Sachverständigen auf über eine Million angefeht werden, ist die Zahl der Todesfälle gering, was vor allem dem günstigen, trockenen Wetter zugeschrieben werden muß.

Volksbühne G. U. Als nächste literarische Sonderberichterstattung der Volksbühne bereitet das Neue Volkstheater eine Uraufführung von Julius Maria Gellers „Leipziger Bericht“ vor. Die Regie führt Bildt über, der als Antendant des Darmstädter Landes-theaters das Werk in einer früheren Fassung bereits vor zwei Jahren einmal auf die Bühne brachte. Für die Aufführung sind als Gäste gemonnen worden Paul Bildt, Karl Ludwig Holz und Leonore Gra.

Große Volkssoper. Am Dienstag, den 17., abends 7 Uhr, findet im Schloßparktheater Steglitz, Großer Saal, eine Aufführung von Berio „Miguelletti“ statt. Epitulation: Oberregisseur d'Amal. Musikalische Leitung: Gustav Fischer.

Rosa Jendler gibt am 21. abends, 1/8 Uhr, im Reiteraal einen Ballabend.

Internationale Kundgebung in Berlin.

Im Großen Schauspielhaus veranstaltete die U.S.P. gestern eine Kundgebung, in der mehrere der ausländischen Delegierten zum Teilzeitigen Parteitag sprachen. Lange vor Beginn der Kundgebung war der weite Raum des Schauspielhauses überfüllt, Hunderte bekamen keinen Einlass und zogen nach dem Lustgarten in die Parallelverammlung.

Jahre-Frankreich überbrachte die brüderlichen Grüße der französischen Sozialdemokratie. Die internationalen Zusammenkünfte seien umso notwendiger, als sich niemals mehr als in der letzten Zeit die Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft zur Lösung der durch den Krieg geschaffenen internationalen Probleme gezeigt habe; dies kann nur durch die Zusammenarbeit des internationalen Proletariats aller Länder, insbesondere des französischen und deutschen, erfolgen. In Frankreich und in Deutschland sind Kräfte am Werke, die Mißverständnisse zwischen beiden Völkern zu zerstören, um ein gemeinsames Arbeiten zu erzielen. Wir werden dem französischen Volke sagen, daß wir hier denjenigen

Willen zum Frieden

gefunden haben wie in Frankreich. Wir streben den wahren Frieden an, nicht den Frieden der Gewalt, wie die „Sieger“, sondern einen Frieden der Verständigung, vor allem zwischen Frankreich und Deutschland. Eure Frauen und Kinder müssen genau so leiden, wie die unsrigen, sie haben das gleiche Schicksal zu ertragen. Wir haben die rote Fahne wehen gesehen.

Die Jahre der Weltrepublik.

Der Krieg hat bewiesen, daß die Erziehung zur Religion völlig bankrott gemacht hat. Die Pfaffen haben während des Krieges zu Gott gebetet und ihn zum zweiten Male ans Kreuz geschlagen. (Zustimmung.) Es gibt überall auch Bürgerliche, die ehrliche Demokraten sind. Wir wollen sie nicht zurückstoßen. Aber auch sie müssen verlangen, wenn die Arbeiterklasse nicht die Leitung übernimmt. Wir haben das neue Deutschland gesehen, dessen Revolution getragen ist vom Willen der Arbeiterklasse. Stärkt dieses Deutschland noch mehr, damit es die Triebfeder werde zur Schaffung jenes Weltstaates, über dem die rote Flagge weht, und der die sicherste Garantie für die Erhaltung des Friedens, der Menschheit ist. (Großer Beifall.)

Nach einer Ansprache Crippiens, der des Todestages von Liebknecht und Luxemburg gedachte, übermittelte

Grimm die Grüße des Schweizer Proletariats, gegen das die Bourgeoisie mit Gewaltmaßnahmen vorgeht. In der volkstümlichen Schweiz ist

ein Siebenkel der Bevölkerung arbeitslos.

doch sind die Ausgaben für militärische Zwecke verdoppelt und ein Ausnahmegesetz ist angenommen worden, das das deutsche Sozialistengesetz noch bei weitem übertrifft. Wir sehen, wie sich die Bourgeoisie international einigt, während das Proletariat national zerstückelt ist. Der internationale Klassenkampf braucht die Massen, damit einmal der Tag kommt, an dem man bei internationalen Zusammenkünften nicht mehr über unsere Rot, sondern über den Triumph des Sozialismus spricht. (Großer Beifall.)

Renaudet erinnert an die internationalen sozialistischen Kontakte vor dem Kriege, bei denen sich Jaurès und Bedel trafen. Beide waren sich darin einig, daß es notwendig sei, auch Deutschland in eine Republik umzuwandeln, wenn man den Frieden der Welt sichern wolle. Nicht als ob wir mit der französischen Republik zufrieden wären, loben wir doch mit dem Nationalen Block harte Kämpfe zu führen, aber Frankreich hat vier Revolutionen hinter sich, es ist unmöglich, daß die Reaktion in Frankreich triumphiert. Die Zusammensetzung der französischen Kammer entspricht durchaus nicht mehr der Stimmung des Volkes. Wir schwören auch, die Arbeit für den dauernden Frieden fortzusetzen und erwarten von euch, daß ihr die

Demokratie, die allein die Garantie des Friedens

ist, verteidigt. Denn wenn die Demokratie geschwächt wird, bedeutet das einen Triumph für die französische Reaktion, die dann aus Leibeshörigkeit schreit: „Seht ihr, das neue Deutschland ist nur ein Trugbild.“ 1918 habt ihr das Regiment der Junker befreit, und 1920 habt ihr die Demokratie durch eure Einigkeit gegen Kapp gesichert. Die Einigkeit allein hat diese herrlichen Früchte getragen. So wissen wir Franzosen, daß ihr Deutschen die wahren Vorläufer der Demokratie und des Sozialismus sei, und so reichen wir französischen Sozialisten auch die Bruderhand, um unsern Bund für alle Zeiten zu befestigen. (Lebhafter Beifall.)

Abramowitsch schilderte eindringlich die Not Rußlands und klagte die Bolschewisten ob ihrer Gewaltmethoden an. Vor den Sowjetwahlen wandern Tausende von Sozialisten in die Kerker. (Lebh. Pfuf.) Als eine außerordentliche Mißdeutung wird es bezeichnet, wenn man den Bolschewisten die Wahl zwischen Auswanderung, dem Verbleiben im Gefängnis oder dem Abtransport nach Turkestan läßt. Krasin erklärt, daß ohne russische Hilfe Europa nicht wieder aufgebaut werden könne, d. h., ohne Rußland kann der Kapitalismus nicht mehr hochkommen. Und doch ist eine Niederlage des russischen Proletariats die Niederlage des Proletariats aller Länder. Wir alle sind interessiert an dem endlichen Sieg der Revolution in Rußland, das unendlich geteilt hat. Wir stehen vor einer internationalen Konferenz, an der alle Sozialisten von Rechts bis zu den Kommunisten teilnehmen sollen. Ihr Zustandekommen wäre geradezu ein Weltereignis. Es bede die internationale Solidarität und der Sozialismus. (Lebh. Beifall.)

Grumbach bezeichnet es als das Verdienst der U.S.P., daß das Berliner Distrikt unterzeichnet wurde, denn die Gewalt trotzte mit der Zeit ein. Wir Sozialisten müssen streben nach jener

Weltrepublik.

in der die letzten Länder nur noch Provinzen sind. (Beifall.) Es ist vor allem nötig, daß das Proletariat seine Schlagkraft wiedererhält. Es muß wieder einig werden. Wir haben U.S.P. — U.S.P. — U.S.P., das ganze Alphabet der Spaltung (Brauende Zustimmung.) Ich kenne nur das große Schwungvolle S, das uns alle einigt, ich kenne nur Sozialisten, die alle gemeinsam schaffen müssen. Seien wir Sozialisten und das muß uns genügen. (Stürm. Beifall.)

Nachdem noch Friedrich Adler, Wien für die Einigung gesprochen hatte, schloß Ledebour die Kundgebung.

Stresemann redet bayerisch.

München, 15. Januar. (U.) Dr. Stresemann sprach heute in einer öffentlichen Versammlung. In Bezug auf die Kriegsschuldfrage lehnte Stresemann eine moralische Schuld Deutschlands nach außen hin entschieden ab. Es habe nur eine Schuld nach innen bestanden insofern, als die deutschen Parteien nicht die notwendigen Mittel bereitgestellt hätten für eine Armee, die das Deutsche Reich entsprechend seinem kolossalen Aufschwung hätte schützen können. Der deutschen Revolution sprach Dr. Stresemann jede nationale Regung ab. Von der Weimarer Verfassung sagte er, daß sie zu einer Karikatur des Parlamentarismus, zu einer Parteiherrschaft und zur Parteipersonalwirtschaft geführt habe. In der Steuerfrage würden die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie keine weiteren Zugeständnisse machen. Es werde davon abhängen, ob die Sozialdemokratie auf ein Steuerkompromiß eingehe, und dies werde dafür bestimmend sein, ob das Kabinett Wirth weiter bestehen könne.

Der deutsche Held Stresemann war in der stürmischen Lage der Versammlung mitteilen zu können, daß sogar die Münchener französische Delegation 12 Eintrittskarten gekauft habe, um ihn hören zu können. Die U. verbreitet, in seinem Sinne handelnd, diese erschütternde Tatsache, Warum sollen nicht auch Franzosen Herrn Stresemann einmal bayerisch reden hören, sind doch wilde Reden für den Zuhörer immer amüßant.

Kodel- und Stihheil!

Ob es wohl noch mal schneit? Ob es denn wohl wirklich noch einmal so richtig schön schneit? Das waren die Gedanken aller sportlustigen Berliner seit Wochen. In der vorigen Woche fing es endlich an, so ganz dünn und zaghaft. Bäume und Sträucher, Rasenplätze und Straßen schimmerten und funkelten nur so. Aber was nützte das dem Sportler? Die eisernen Schlittenkufen zer schnitten die dünne Schicht. Es mußte schon noch dicker kommen. Und es kam dicker. Aber kaum lag der Schnee, da war auch schon der Matsch da. Weh! Wieder nicht.

Und plötzlich, über Nacht war das Wunder geschehen — Wunder geschehen bekanntlich nur in der Nacht — es hatte die geschneit. Dazu ein wenig Frost. Und alles das an einem Sonntag.

Die Leute aus Gebirgsgegenden können es einfach nicht verstehen, daß man in Berlin und Umgebung rodeln und stien kann. Gestern aber hätten sie mal was erleben können. In solchen Dingen sind unsere Berliner, besonders unsere Jungen, wahre Lebenskünstler. Eine Steigung von zwei Metern ist Ihnen ein Berg, von dem man nur mit sportgerechtem Kodel unter Ansbietung eines echten Kodelstüms „hinabsaufen“ kann.

Alle die alten vertrauten Stätten, der Fichteberg in Steglitz, der Viktoriapark, der Friedrichshain, die Müggel-, Reh-, Büttel-, Habelberge und wie sie sonst noch heißen, waren Stätten winterlicher Lust. Ueberall Lachen, Jubel und Freude. Rodelheil! Stihheil!

Aber ein Tropfen Barmut war in diese Lust gemischt. Die Sportgeräte — Kodel und Stih — sind heute so teuer, daß sie nur kaum beschafft werden können. Hier eröffnet sich der genossenschaftlichen Selbsthilfe ein neues Feld.

Die Berliner Gewerbesteuer.

Der Stadtkämmerer vor den Vertretern der gewerblichen Verbände.

Der zur Vorbereitung der neuen Gemeindegewerbesteuerordnung eingesetzte Stadtkämmererordnungs-ausschuh hat am Sonnabend nachmittag seine zweite Sitzung abgehalten, der auf Einladung des Ausschusses eine Reihe von Vertretern der beteiligten gewerblichen Körperschaften und Verbände heimkehrten, u. a. die Handelskammer, die Handwerkskammer, der Wirtschaftsbund des Bauwesens in Groß-Berlin, die Einzelhandels-Gemeinschaft, der Verband der Berliner Großhändler für Nahrungs- und Genussmittel, der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Hanfabund.

Stadtkämmerer Dr. Rading hielt einen erläuternden Vortrag über das Wesen der besprochenen Gemeindegewerbesteuer. Er wandte sich darin gegen einige mißverständliche Auffassungen über die neue Steuer und die damit verfolgten Ziele. Die Gemeindegewerbesteuer solle vor allem gegenüber der jetzigen rohen Veranlagung auf Grund der staatlichen Gewerbesteuer mit ihren vier Stufen eine bessere und zweckmäßigere Veranlagung erzielen und die Steuer gerechter verteilen. Welches finanzielle Ergebnis die Gemeindegewerbesteuer haben werde, lasse sich erst am Schlusse der Haushaltsberatung sagen, wenn es gelte, die erforderlichen Mittel zur Bedarfsdeckung zu beschaffen. Früher spielte diese Rolle die Einkommensteuer; heute sei die einzige bewegliche Steuer der Stadt die Gewerbesteuer. Es werde von der Finanzlage der Stadt abhängen, ob die Steuer schrittweise auf etwa 3 oder 4 oder 5 Proz. festgesetzt werden müsse. Der Stadtkämmerer versprach aber, die Größe des mit dem Steuerertrag zu stopfenden „Lochs“ möglichst eng zu gestalten, damit die Gewerbesteuer als erträglich angesehen werden könne. Die Steuer müsse nach den gesetzlichen Bestimmungen schon bei einem Ertrage von 1500, nicht erst bei 5000 M. erhoben werden, die Stadt werde aber aus Billigkeitsgründen in solchen Fällen die Steuer so weit wie möglich ermäßigen oder ganz erlassen.

Es wurde darauf zunächst der Vertreter der Handelskammer, Syndikus Michael, gehört, der den Standpunkt des Berliner Handels und der Industrie dahin zusammenfaßte, daß die Handelskammer es für ratsam halte, zunächst die in Aussicht gestellte Novelle zum Gewerbesteuer-Gesetz abzuwarten. Sie erkenne an, daß das bisherige Gesetz nicht mehr zeitgemäß sei und Härten enthalte. Die Vorlage des Magistrats halte sich im allgemeinen im Rahmen des Erträglichkeit; die Handelskammer bekämpfe aber die Kopf- und die Flächensteuer, würde sich aber einer Steuer unter Zugrundelegung des Anlage- und Betriebskapitals nicht entgegenstellen. Die weiteren Verhandlungen wurden auf Freitag nachmittag 5 Uhr vertagt. Es soll dann der Vertreter der Handwerkskammer gehört werden.

Die Demokraten bei der Vorsteherwahl.

Sie wollten nicht „umfallen“.

Die demokratische Stadtverordnetenfraktion Berlins sieht das Bedürfnis, ihr Verhalten bei der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers nachträglich durch eine offizielle Darstellung zu rechtfertigen. Das versucht ein im Auftrage der Fraktion von dem Stadtverordneten Oskar Meyer verfaßter langer Artikel, der im „Berl. Tageblatt“, wohl als Erwiderung auf die auch von diesem Organ der Demokraten geübte Kritik, zur Veröffentlichung übergeben worden ist. Herr Meyer spricht vergebens viel, um zu bestreiten, daß die Demokraten undemokratisch handelten, als sie dem Bürgerklub halfen, der sozialdemokratischen Fraktion den ihr als der stärksten Fraktion zukommenden Posten des ersten Vorstehers vorzuenthalten. Auch das „Berl. Tageblatt“ findet, daß Meyers Darlegungen eine authentische Bestätigung der gegen die Haltung der demokratischen Fraktion erhobenen Vorwürfe bringen. Den im November gewählten deutsch-volksportlichen Dr. Calpari bei der Vorsteherwahl einfach fallen zu lassen, wäre nach Ansicht Meyers und der demokratischen Fraktion ein „Umfall“ der Demokraten gewesen, der „rechts wie links ihr Ansehen schwer geschädigt“ hätte. Daß sie nicht „umfielen“, dürfte für sie die Wirkung haben, rechts ihr „Ansehen“ zu steigern.

Die Tagesordnung für die beiden nächsten Sitzungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung, und zwar für die außerordentliche am Dienstag, den 17. d. M., und die ordentliche am Donnerstag, den 19. d. M., umfassen nicht weniger als 100 verschiedene Punkte, darunter u. a. auch die Wahlen für den Vorstand der Versammlung von 90 ehrenamtlichen Mitgliedern und Vertretern.

Was kostet die Monatskarte ab 1. Februar?

Auch in den Tarifen der Monatskarten des Vorortverkehrs treten vom 1. f. Mts. neue Erhöhungen zu den bereits zum 1. Dezember erhobten Preisen. Die Mindestpreise erhöhten sich auf 75 M. (gegen 60 M. jetziger Preis) in der 2. Klasse und auf 50 M. (gegen 25 M. jetziger Preis) in der 3. Klasse. Wtihin beträgt die Erhöhung in der 2. Klasse rund 90 o. h. und in der 3. Klasse 100 Proz. Der Wochentartenpreis im Vorortverkehr wird ebenfalls um 100 Proz. von 6,50 auf 13 M. erhöht. Diese durch die Aufkündigung entfallenden größeren Prozentsätze werden jedoch bei der Berechnung der neuen Fahrpreise beinahe dadurch wieder ausgeglichen, daß die Grenze der Mindestfahrpreise für den Vorortverkehr bei 15 Kilometer Entfernung liegt, also die Strecke Kaufsdorf-Schlesischer Bahnhof beispielsweise mit Monatskarten zum Mindestpreis befahren werden kann, während bei dem heute geltenden Monatskartenpreis mehr als der heutige Mindestpreis (42 M. in der 2. und 28 M. in der 3. Klasse) erhoben wird.

Bei den Perücken.

Ungefähr 500 Tauben sind bis heute abend unentgeltlich in der Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee 176, zu sehen. Es handelt sich hierbei um eine Ausstellung, die der Verein Berliner Taubenzüchter veranstaltet, und man muß tatsächlich immer und immer wieder erstaunt darüber sein, wie zahlreich und gut alle Tauben, Weißhals- und Kanarienvogelstellungen besetzt sind. Bei dieser Taubenschau fallen vornehmlich einige hervorragende Exemplare von Perücken-Tauben auf. Diese Tiere haben einen derartigen, den ganzen Kopf bedeckenden und die Augen verhüllenden Federkamm, daß sie sich selbst nicht sehen können, nicht einmal, wenn sie in einen Spiegel gucken würden. Interessant sind auch die Kröpfer, die Bränner, die englischen usw., die sich so aufstellen, daß man nahezu fürchtet, diese Federballons könnten fliegen. Ferner sieht man Anatolier und Ägypter. Sie sind eigentlich so recht die Tauben für die Frauenwelt, weil gerade diese Tiere so „fingerzahn“ werden. Einmal der Schönheitsbräutchen sind schon ausstellungsgewöhnt. Sie scheinen es genau zu wissen, daß die Taube nach ihrem Stand beurteilt wird und kommt ein Beobachter, so stellen sie sich sofort in Positur. „Seht mal, was für ein prächtiges Exemplar ich bin.“

Bemerkenswert sind unter den Wienern die weißhalsigen, eine seltene Sorte, die es in Wien nicht gibt. Auch erblickt man Carollon, die hier jetzt ziemlich in Mode kommen. Selbstverständlich sind die Berliner Blaubunt, die weißen, die schwingigen und perlunten, die mächtigen und die enalischen Elstern, die Straßer, die Stargarder, Weißschwänze in allen Farbenfärbungen, Pfauenschwänze, Golzler, Budapestter und Prager und namentlich die kurzen Berliner (die Spezialjuden Berlins) stark vertreten.

Luxusgegenstände und Wuchererziehung.

Bei dem Juwelier Freundlich hatte ein Steinmetzmeister Drows zwei goldene Ringe mit Smaragden für drei zwanzig Markstücke und zwei fünf Markstücke gekauft. Nach einigen Tagen verlangte er die Rücknahme der Ringe mit der Behauptung, daß er sie als echt weiter zu verkaufen versucht habe und dabei festgenommen worden sei; außerdem fühle er sich betrogen, da die Ringe nur einen Wert von 50 M. hätten. Als Freundlich die Rückgängigmachung des Kaufes ablehnte, kam es zu einer stürmischen Szene, bei der Drows schließlich von der Polizei aus dem Laden entfernt werden mußte. Das Schöffengericht hatte Freundlich wegen Betruges zu 800 M. Geldstrafe verurteilt. Hiergegen legte R.-A. Bahn Berufung ein und führte aus, daß die verkauften Ringe als Luxusgegenstände anzusehen seien, die Preisbemessung also völlig im Ermessen des Juweliers liege; es könne weder von Betrug noch von Preistreiberei die Rede sein, da solche Ringe nicht Gegenstände täglichen Bedarfs seien. Durch ständige Praxis der Gerichte sei anerkannt, daß im Juweliergewerbe alle Artikel als Luxusgegenstände gelten, außer Doublettinge 333/000 und leichten 585/000 goldenen Trauringen und gewissen Uhrenzeugnissen. Das Gericht entsprach dem Antrage auf Freisprechung und hob das schöffengerichtliche Urteil auf.

Der Celly-de-Rhendi-Prozess unterbrochen. In dem Prozess gegen das Celly-de-Rhendi-Ballet trat heute eine Unterbrechung ein. Bei Beginn der Sitzung teilte der Vater der jugendlichen Tänzerin Bralla mit, daß seine Tochter erkrankt sei und nach ärztlichem Ausspruch heute nicht in der Lage sei, vor Gericht zu erscheinen. Um eine Vertagung des ganzen Prozesses zu vermeiden, beschloß das Gericht, die Verhandlung nur bis morgen, Dienstag, 9 1/2 Uhr, aus-

zu den Lebensmittelschiebungen in Schöneberg ersucht uns der Kaufmann J. Sternberg, Schöneberg, Berchtesgaderer Str. 14, mitzuteilen, daß er sich niemals an Lebensmittelschiebungen des Herrn Lange in Nehl u. dgl. weder direkt noch indirekt beteiligt hat und der ganzen Angelegenheit vollkommen fernsteht. Sternbergs Tätigkeit für den Magistrat Schöneberg bestand lediglich vor Jahren darin, daß er in seiner Eigenschaft als angesehener Handelsvertreter auf Veranlassung des Stadtrats Jacobs und des Frauens Dr. Berliner, jetzt beim Reichswirtschaftsrat, durchaus legale Verkäufe vermittelte.

Ein heimliches Spielertokal wurde gestern in der Charlottenstraße ausgehoben. Kriminalbeamte des Polizeipräsidiums beobachteten auf ihren Kundgängen im Kampfe gegen das heimliche Spielen, daß seit einiger Zeit in einer gutbürgerlichen Wirtschaft in der Charlottenstraße auffallend viel Leute aus- und eingingen, die ihnen als Spieler bekannt waren. Auf einer Treppe ging es in den Keller hinab, und hier sahen sich die Beamten plötzlich in einem besonderen Räume einer Spielergesellschaft von 35 Personen gegenüber, die mit großem Eifer ihrer heimlichen Unterhaltung oblagen. Die Fenster an der Straße waren mit Matrasen so abgedichtet, daß kein Lichtschein und kein Ton hinausdringen konnte, selbst dann nicht, wenn ein Besucher einmal unangenehm laut werden sollte. Die Bank war mit Geld gut gefüllt. Alles wurde beschlagnahmt mit Ausnahme der Spielgeräten. Die Spieler wurden alle persönlich festgestellt.

Ausstellung für Turmhausentwürfe. Die Turmhaus-Artistengesellschaft hat für die Bebauung des Grundstückes am Bahnhof Friedrichstraße, das noch zum Teil im städtischen Besitz ist, einen Wettbewerb mit 100 000 M. an Preisen ausgeschrieben, der sehr rege Beteiligung gefunden hat; ca. 150 Entwürfe sind bereits eingegangen. Der Magistrat hat sich kürzlich mit der Ueberlassung des Rathausfestsaales für den Zweck dieser Ausstellung von Turmhausentwürfen einverstanden erklärt, und zwar unter der Bedingung, daß eine noch festzusetzende Entschädigung gezahlt wird.

Die Mädchen aus der Fremde. Gestern abend gegen 10 Uhr wurden zwei Mädchen im Alter von 12 und 13 Jahren auf dem Anhalter Bahnhof angetroffen, die ratlos umherstanden und durch ihr scheues Wesen auffielen. Bei ihrer Vernehmung auf der Polizeiwache gaben sie an, sie seien in ihrer Heimatstadt Reichen l. S. von einem ihnen unbekanntem Herrn in den Berliner Zug gefahren und mit 2000 M. Reisegeld versehen worden. In ihrem Besitz fand man noch 1800 M. Da die Erzählung etwas sehr märchenhaft klang, wurde die Kriminalpolizei mit der Verfolgung der Angelegenheit beauftragt. Gleichzeitig benachrichtigte man die Eltern der beiden Schulmädchen.

Die Vermittlungskstelle für Schwerbeschädigte gibt bekannt, daß die nächste Besprechung mit den nach § 11 des Schwerbeschädigten-Gesetzes bestellten Vertrauensmännern in den Groß-Berliner Betrieben am Montag, den 16. Januar, abends 7 Uhr, in Zimmer 98, im 2. Stockwerk des Rathauses (Zugang durch den Bürgeraal, Fahrstuhlbenutzung Einzugspannauer Straße) stattfinden. Tagesordnung: Besprechung des Gesetzes vom 6. April 1920. Rege Beteiligung ist erwünscht.

Der Tod im Schneesturm. Auf einem Winterausflug in das Riesengebirge ist der Kaufmann Belten aus Breslau im Schneesturm ums Leben gekommen. Die Begleiter Belten's hatten Hilfe aus der Schneegrubenbaude herangeholt, doch verfiel Belten auf dem Wege zur Baude.

Mord im Bahnhofsrestaurant. Wie aus Heidelberg gemeldet wird, wurde gestern abend in einem Bahnhofsrestaurant zwischen Steinmüller und Grumbach ein schweres Verbrechen verübt. Ein am Bahnhofsrestaurant vorbeischießender Mann bemerkte, daß der angebaute Schuppen in Flammen stand. Er ging in das Haus hinein und fand den 65-jährigen Bahnhofsrestaurant-Wärter erschossen in der Stube. Sein 26 Jahre alter Sohn war durch Angeln schwer verletzt. Die Tat soll sich in irgendeiner ungenannten Bahnhofsrestaurant ereignet haben. Gegen 1/2 Uhr wurden durch das Fenster mehrere Schüsse in das Zimmer abgegeben. Der erste Schuß tötete bereits den alten Wärter. Der Tat verdächtig sind zwei junge Leute.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Höchstens trocken mit Schneefällen, gelinderem Frost und häufigen nordwestlichen Winden.

